

*Erhard Eppler*

# *TRUMP – und was tun wir?*

*Der Antipolitiker und  
die Würde des Politischen*



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

978-3-8012-0529-4

Copyright © 2018 by  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Umschlag: Antje Haack | Lichten, Hamburg  
Satz: Petra Strauch  
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2018

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

## [ INHALT ]

<b>KAPITEL 1</b>	Die These aus Berkeley.....	7
<b>KAPITEL 2</b>	Die deutsche Variante .....	14
<b>KAPITEL 3</b>	Was bedeutet Donald Trump für Europa?.....	21
<b>KAPITEL 4</b>	Ende der Zauberworte .....	27
<b>KAPITEL 5</b>	Der Nicht-Tod des Neoliberalismus .....	35
<b>KAPITEL 6</b>	Medien in der Erfolgsgesellschaft.....	42
<b>KAPITEL 7</b>	Was die Politik selbst zu ihrer Abwertung beiträgt .....	49
<b>KAPITEL 8</b>	Ein Fall für Psychologen .....	58
<b>KAPITEL 9</b>	Ein System neben anderen?.....	62
<b>KAPITEL 10</b>	Über enttäuschte Hoffnungen zur post- faktischen Politik? .....	70
<b>KAPITEL 11</b>	Verwaltung und Politik .....	81
<b>KAPITEL 12</b>	Wenig beachtet: Die Kommunalpolitik.....	89
<b>KAPITEL 13</b>	Politische Parteien .....	95
<b>KAPITEL 14</b>	Gesinnung und Verantwortung.....	103
<b>KAPITEL 15</b>	Karrieren und Biografien .....	110
<b>KAPITEL 16</b>	Auf Leben und Tod.....	117

## [KAPITEL 3]

### *Was bedeutet Donald Trump für Europa?*



**I. ALS DIE DEUTSCHE KANZLERIN** von ihrem ersten Besuch beim neuen Präsidenten der USA zurückkam, tat sie etwas für sie ganz Untypisches: Sie machte eine Äußerung, die auf eine neue, veränderte Gesamtpolitik schließen ließ. Sie sagte: »Wir müssen jetzt unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen.« Gemeint war: Wir können uns auf die Leute, die jetzt in Washington entscheiden, oft auch nur sich streiten, zumal auf den Präsidenten, nicht mehr verlassen. Sie sagte nicht, was dies praktisch bedeutete. Das konnte ja noch kommen.

Aber es kam nicht. Es kam nichts, was man als Präzisierung dieser Grundsatzentscheidung hätte deuten können. Inzwischen ist klargeworden: Wir Deutschen sind für Trump ein wirtschaftlich allzu erfolgreiches Land, wir sind für ihn, den Ökonomen, der die Politik in den Dienst der Ökonomie stellen will, ein gefährlicher Wettbewerber, mit dem seine Vorgänger leider keine »good Deals« gemacht haben. Wir sind ein Land, dem das »America first« erst noch beigebracht werden muss. Inzwischen hat sich die groteske Szene in unser Gedächtnis eingegraben, bei der die Oberhäupter der NATO-Staaten wie Rekruten vor der Vereidigung antreten mussten – Generalsekretär Stoltenberg stand für sich, wie einst der Offizier, der dem Chef die Truppe gemeldet hatte – um stehend eine Moralpauke des neuen Präsidenten anzuhören. Wäre das nicht eine Gelegenheit für Frau Merkel gewesen, den neuen Grundsatz zu präzisieren? Es kam nichts, was sich so deuten ließe. Merkel hat ihre Aussage wiederholt, aber nie interpretiert. Und die sie hätten fragen müssen, haben es nicht getan.

Niemand in Deutschland hat der Kanzlerin widersprochen, weil

fast alle verstört sind durch das, was man aus Washington hört. Die Hoffnung, dass die ehrwürdige Demokratietradition der USA sich rasch wieder durchsetzen werde, teilen nur wenige. Ein Land, das einen ganz offenkundig ungeeigneten Präsidenten wählt, einen Präsidenten, der fast alle seine Vorgänger jenem »Establishment« zurechnet, das er verachtet, ist nicht berechenbar. Das hat auch Angela Merkel gemeint. Oder doch nicht? Was dann?

II. Dass der neue Präsident den russischen Präsidenten Putin für einen interessanten Partner halte, war schon im Wahlkampf bis nach Europa durchgedrungen und hatte bei den einen Hoffnungen auf eine friedlichere Welt, bei den anderen Sorge um die NATO hervorgerufen. Inzwischen stimmt auch Trump neuen Sanktionen gegen Russland zu, die begründet werden mit dem – mehr oder minder wahrscheinlichen – Versuch der russischen Seite, Trump im Wahlkampf zu helfen. Vor nichts muss Trump so viel Angst haben wie vor einem Beweis, dass in Moskau jemand ihn hat unterstützen wollen. Also einigt man sich im Weißen Haus auf einen streng antirussischen Kurs, verhängt neue Sanktionen. Dass auch in Europa einige aufatmen, ist verständlich, wenn auch nicht unbedingt erfreulich. Denn ein neuer Kalter Krieg macht die Welt nicht sicherer. Ein unberechenbarer Anfänger in Washington und ein vielfach verletzter Feind im Kreml – ist das gut für Europa?

Wie immer dieser Teil des Gerangels in Washington ausgehen mag, dort wird man auf absehbare Zeit mit der Bändigung des selbstverliebten Größenwahnsinnigen beschäftigt sein. In der seit Jahren nach rechts tendierenden Republikanischen Partei wird man versuchen, einen gemeinsamen Nenner mit Trump zu finden, und der dürfte die Spannungen in der amerikanischen Gesellschaft nicht mildern, sondern verschärfen. Sogar wenn es gelänge, Trump durch ein Amtsenthebungsverfahren loszuwerden, bleibt offen, was aus den Vereinigten Staaten wird. Die inneren Spannungen, wohl auch die Neigung zur Gewalt, dürften eher zunehmen, parteiübergreifender Konsens noch seltener werden.

Und die durch Trump Fanatisierten werden sich nicht so leicht besänftigen lassen. Sie werden nicht nur bei den Wahlen zu Senat und Repräsentantenhaus Rache nehmen. Was Angela Merkel zum Thema gemacht hat, das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten, wird auf der Tagesordnung bleiben, diesseits und jenseits des Atlantiks.

Europa ist vorläufig nur verstört. Die richtige und wichtige Parole hat Angela Merkel ausgegeben, allerdings ohne erkennen zu lassen, was dies für sie und die Bundesrepublik Deutschland praktisch bedeuten könnte. Vielleicht hat sie die Parole nur verkündet, damit keine andere Partei daraus Politik machen kann. Das ändert nichts daran, dass sie richtig und nötig ist.

Wenn in den USA nationalistische Kräfte am Werk sind, denen man eine Führungsrolle auf dem Erdball nicht wünschen kann, dann muss Europa sich auf eine selbständigere Rolle vorbereiten. Dazu muss es sich, rascher als vorgesehen, zusammenschließen und durch eigene Initiativen, Europa zu einem Kontinent des Friedens machen. Dazu muss es sein Verhältnis zu Russland regeln. Nur ängstlich am einen Tag nach Washington, am anderen nach Moskau zu schießen, ist keine europäische Politik.

III. Für amerikanische Strategen, beginnend mit Zbigniew Brzeziński, gilt West- und Mitteleuropa als amerikanischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent. Russland ist ein Teil Eurasiens, der sich amerikanischer Herrschaft entziehen kann. Ist das auch die europäische Sicht? Manches sprach dafür während des Kalten Krieges, als es eine kommunistische Sowjetunion und ein – etwas anders – kommunistisches China gab. Muss das unsere Sicht sein, wenn China sich anschickt, die USA ökonomisch einzuholen und ein konservatives Russland nach Partnern sucht, um das dünnbesiedelte Riesenreich zu modernisieren? Die russische Grenze führt, von der Ostsee bis ans Schwarze Meer quer durch Europa. Im Kalten Krieg war Westeuropa ganz gerne ein amerikanischer Brückenkopf. Jetzt hat die Europäische Union ein Interesse

an einer geregelten, friedlichen Beziehung zu Russland und Russland hat ein Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Europa. Trump denkt ökonomisch, nicht politisch. Dass wir politisch Verbündete sind, zählt für ihn weniger, als dass wir ökonomisch Konkurrenten sind.

Wer eine neue Russlandpolitik schon deshalb für unmöglich hält, weil Russland eine Form von Demokratie pflegt, die für den Geschmack der meisten Europäer einen kräftigen Schuss Liberalität brauchen könnte, verwechselt Innen- und Außenpolitik. Es könnte durchaus sein, dass der Autor dieses Buches, nach St. Petersburg verpflanzt, als russischer Staatsbürger sich irgendwann der zerstrittenen, liberalen Opposition anschliesse, wohl wissend, dass dies Putin nicht erschrecken müsste. Er kann darauf verweisen, dass es doch ein Unterschied ist, ob ein russisches Gericht ein paar überdrehten Mädchen, die ausgerechnet eine Kirche brauchten, um gegen den Staatspräsidenten zu demonstrieren, zwei Jahre Arbeitslager aufbrummt oder, ob bei Stalin ein kleiner Haken am Namen ein Todesurteil bedeuten konnte. Verglichen mit Stalins Russland ist Putins Russland ein Rechtsstaat. Sicher, dort gibt es ein Gesetz, das »homosexuelle Propaganda« bestraft. In Deutschland, dem kaiserlichen, dem Weimarer und dem Nazi-Deutschland, aber eben auch in der Bundesrepublik mindestens bis Gustav Heinemann Justizminister wurde (1966), verbot §175 jede Homosexualität. Die Strafe konnte das Strafbataillon oder das KZ sein. Kurz: Auch wir Deutschen haben lange genug gebraucht, bis wir uns von Psychologen und Ärzten über die Homosexualität haben aufklären lassen.

Außenpolitik ist nicht verlängerte Innenpolitik. Es geht nicht darum, mit wem zusammen man eine Regierung bilden kann, sondern wer bereit ist, auf unsere deutschen Interessen Rücksicht zu nehmen, wenn wir die seinen beachten. Und genau dazu scheint Putin bereit. Dafür hat er einst vor dem Deutschen Bundestag geworben. Und auch Michail Gorbatschow hat schließlich in die NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands nur eingewilligt,

weil er in diesem Deutschland einen Partner für die Zukunft sah. Putin hat übrigens so wenig Lust, aufmüpfige Deutsche zu regieren, wie Angela Merkel Lust hat, aufmüpfige Russen zu regieren. Beide finden, sie seien ausreichend beschäftigt.

IV. Wer am 30. August 2017 Donald Trump im Fernsehen bei CNN die Steuersenkungen seiner Administration vorbereiten sah, konnte versucht sein, den Hut zu ziehen, ob solch perfekter Demagogie. Aber als Deutschem musste mir klar sein, dass die Ankündigung, wirklich niedrige Unternehmenssteuern würden aus aller Welt Industrien in die USA locken, natürlich Länder wie Deutschland im Visier hatte. Trumps ökonomischer Nationalismus, verbunden mit einer zügellosen, aber wohlberechneten Rhetorik, dürften dazu führen, dass die Vereinigten Staaten in Europa als ökonomische Gefahr wahrgenommen werden. Das passt nicht zu den gegenseitigen Verpflichtungen der NATO.

Die NATO, das wissen wir 2017, wird fortbestehen mit weniger Vertrauen auf beiden Seiten, aber nicht mit weniger Ermahnungen. Daraus dürfte sich dann doch eine Diskussion über die Frage ergeben, was es bedeutet, dass Europa auf eigene Füße zu stehen kommen muss. Im besten Fall könnte das zu einer reformierten NATO führen, einer NATO aus zwei gleichberechtigten Säulen, einer amerikanischen und einer europäischen.

Auch ein Wettrüsten zwischen Europa und Russland wäre unsinnig. Dass Putin vor allem seine Marine modernisieren und stärken will, deutet nicht darauf hin, dass er Europa donauaufwärts erobern will, sondern dass er weiter, wie in Syrien, unter den großen Mächten mitspielen will. Das haben wir uns glücklicherweise abgewöhnt.

Im 21. Jahrhundert gibt es kein deutsches Interesse, das schwerer wiegt als die Erhaltung des Friedens. Im Grunde ist dies, soweit die Länder von berechenbaren, vernünftigen Menschen regiert werden, überall so, in Südkorea, in Kolumbien, auch in Russland, das Schlimmeres hinter sich hat als alle anderen.



Wenn ein Donald Trump im Weißen Haus – und dann auch wieder auf Kundgebungen mit seinen fanatisierten Anhängern – für die Europäer bedeutet, dass sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen müssen, dann ist das Ziel eine europäische Friedensordnung. Das bedeutet, dass die Europäische Union gefestigt werden und außenpolitisch handlungsfähig gemacht werden muss. Und es bedeutet, dass wir eine Friedensordnung schaffen müssen, die Russland einbezieht.

Sicher, das wird seine Zeit brauchen und viel Mühe und Zähigkeit bei den Diplomaten und denen, die in der Europäischen Union Verantwortung tragen. Da werden Hindernisse aufgebaut, in Washington, in Warschau, auch in Berlin. Aber Europa ist eben mehr als ein Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent.

Die NATO reformieren, mit Russland so etwas wie einen europäischen Friedenspakt ausarbeiten, in welchem auch die jammervoll heruntergewirtschaftete Ukraine einen Platz findet, der ihr eine neue Chance gibt: Das alles wird viel Zeit und noch mehr politische Energie brauchen, politische Einsicht, politische Diskussion, politischen Mut, Bereitschaft zur politischen Verantwortung. Zuerst aber braucht es politischen Willen.

Ein politischer Wille bildet sich da, wo Politiker den Mut haben, sich etwas vorzunehmen, was auch scheitern kann. Aber ein Scheitern in dem, was Angela Merkel anmahnt, nämlich ein Europa auf eigenen Beinen, wird immer noch besser sein als die Resignation schon heute. Europa als Friedensmacht hat seine Position noch nicht gefunden.